



Plenartagung des Europäischen Parlaments – Wie wurde abgestimmt?

Die aktuelle **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments** hat von **5. bis 8. Juli 2021** stattgefunden. Die namentlichen Abstimmungen behandelten die folgenden Themen:

- **Neue Vorschriften gegen Missbrauch von Kindern im Internet**
- **Stärkung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur**
- **Ungarn: Parlament verurteilt Anti-LGBTIQ-Gesetz**
- **Position zum neuen EU-Umweltaktionsprogramm bis 2030**
- **Türkei: Parlament verurteilt anhaltende Unterdrückung der Opposition**

Neue Vorschriften gegen Missbrauch von Kindern im Internet

Das Parlament hat eine neue Verordnung angenommen, die Kinder wirksamer davor schützen soll, bei der Nutzung von Mail-, Chat- und Kurznachrichtendiensten sexuell missbraucht zu werden. Die Gesetzesänderung war notwendig, damit Anbieter von Internetdiensten auch künftig freiwillig kinderpornografische Inhalte aufspüren, entfernen und melden können. Dabei sollen technische Hilfsmittel verwendet werden, die so wenig wie möglich in die Privatsphäre von InternetnutzerInnen eingreifen. Die neue Regelung gilt höchstens drei Jahre lang. Die Kommission ist aufgefordert, so bald wie möglich eine langfristige Lösung vorzuschlagen, welche einen Ausgleich zwischen Datenschutz und dem Aufspüren kinderpornografischer Inhalte im Internet schafft.

Stärkung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur

Um besser für künftige Gesundheitskrisen gewappnet zu sein, sprachen sich die Abgeordneten für eine Stärkung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) aus. So soll es künftig eine neue europäische Datenbank zur Arzneimittelversorgung geben, um Engpässe bei Arzneimitteln zu überwachen und zu melden. Darüber hinaus brauche es mehr Transparenz seitens der EMA sowie eine bessere Koordination bei der Durchführung von klinischen Studien, über deren Ergebnisse die Öffentlichkeit regelmäßig informiert werden sollte.

Ungarn: Parlament verurteilt Anti-LGBTIQ-Gesetz

Am 15. Juni 2021 stimmte das ungarische Parlament für Vorschriften, die unter dem Vorwand der Bekämpfung von Pädophilie die Redefreiheit einschränken, indem sie LGBTIQ-Inhalte in Materialien für den Schulunterricht oder in Fernsehsendungen für unter 18-Jährige verbieten. Das Europäische Parlament verurteilte dieses Gesetz aufs Schärfste und prangerte den zunehmenden Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn an. Die EU-Abgeordneten bezeichneten das ungarische Gesetz als klaren Verstoß gegen die Werte, Grundsätze und Rechtsvorschriften der EU und forderten die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, dringend rechtliche Schritte einzuleiten. Das Parlament wies erneut darauf hin, dass es zu einer Kürzung von Mitteln aus dem EU-Haushalt kommen müsse, wenn ein Staat Gesetze verabschiede, die unvereinbar mit den Werten der EU seien.

Position zum neuen EU-Umweltaktionsprogramm bis 2030

Das Parlament verabschiedete seine Verhandlungsposition zum neuen EU-Umweltaktionsprogramm, das bis zum 31. Dezember 2030 gelten wird. Die Abgeordneten forderten, dass das neue Programm mit dem Europäischen Green Deal sowie den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung in Einklang gebracht werden solle. Im Zentrum des neuen Umweltaktionsprogrammes müssten die Eindämmung des Klimawandels, die Förderung der biologischen Vielfalt und das Vorantreiben einer schadstofffreien Kreislaufwirtschaft stehen. Die Fortschritte der EU und der Mitgliedstaaten bei der Erreichung dieser Ziele sollten regelmäßig bewertet werden.

Türkei: Parlament verurteilt anhaltende Unterdrückung der Opposition

Die Abgeordneten äußerten sich zutiefst besorgt über den ständigen Druck auf Oppositionsparteien in der Türkei, insbesondere auf die kurdisch dominierten HDP. Sie forderten die türkische Regierung dazu auf sicherzustellen, dass alle politischen Parteien in der Türkei ihre rechtmäßigen Tätigkeiten frei und in vollem Umfang ausüben können. Fortschritte in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei würden auch von Verbesserungen in Bezug auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit abhängen, so die Abgeordneten.

Weitere Höhepunkte

Der slowenische Premierminister Janez Janša stellte die **Prioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2021** vor dem Plenum des Parlaments vor. Unter dem Motto „Together.Resilient.Europe“ sollen die Erholung von sowie die Resilienz der EU nach der Corona-Pandemie, das Vorantreiben der Umsetzung der Ziele des Europäischen Green Deal, der digitale Übergang, Rechtsstaatlichkeit, strategische Autonomie und der Schutz der Außengrenzen Europas im Zentrum stehen. Im Hinblick auf die Konferenz zur Zukunft Europas betonte Janša, dass alle Sichtweisen willkommen seien und in die Debatten eingebracht werden sollen.

Das Parlament verabschiedete die überarbeitete Fazilität „**Connecting Europe**“. Von 2021 bis 2027 werden damit **Verkehrs-, Digital- und Energieprojekte mit insgesamt 30 Milliarden Euro gefördert**, die EU-weit einen Mehrwert bringen. 60 % der Fördermittel müssen in Projekte fließen, die den Klimaschutzzielen der EU dienen.

Das Parlament billigt zwei Fonds für Asyl- und Grenzpolitik: Den **Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, dotiert mit 9,88 Milliarden Euro**, und den **Fonds für integriertes Grenzmanagement, dotiert mit 6,24 Milliarden Euro**. Die Fonds sollen helfen, Migrationsströme zu steuern, die Integration von Drittstaatsangehörigen zu erleichtern und das Grenzmanagement zu verbessern.

ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER ÖSTERREICHISCHEN EU-ABGEORDNETEN

(Plenartagung, 05.-08. Juli 2021)

<p>EU-Fraktionen</p> <p>ÖVP S&D ID Grüne/EFA Renew Europe</p> <p>Ö. - Parteien</p> <p>ÖVP SPÖ FPÖ Grüne Neos</p> <p>JA ENTHALTEN NEIN ABWESEND VORSITZ</p>	<p>Osterreichische Gesellschaft für Europapolitik</p> <p>Gesamtes Abstimmungsverhältnis</p>	<p>EVP Vollepartei, Christdemokraten</p> <p>BEHNHUBER KARAS MANDL SAGHARTZ SCHNEIDER THALER WINZIG</p>	<p>S&D Progressive Allianz der Sozialdemokraten</p> <p>BEIDE RECHNER SCHIEDER SIDL VOLLATH</p>	<p>ID Identity and Democracy</p> <p>HAIJDER MAYER VILIMSKY</p>	<p>Grüne EFA</p> <p>WAIN WALTZ WIESNER</p>	<p>Renew Europe</p> <p>GEMON</p>
<p>Neue Vorschriften gegen Missbrauch von Kindern im Internet Legislative Entschließung (OGV, erste Lesung)</p>	<p>JA = 537 NEIN = 133 ENTHALTEN = 24</p>	J J J J J J J	J J J J J	E E E	NNN	E
<p>Stärkung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur Legislative Entschließung (OGV, erste Lesung)</p>	<p>JA = 587 NEIN = 28 ENTHALTEN = 81</p>	J J J J J J J	J J J J J	E E E	J J J	J
<p>Ungarn: Parlament verurteilt Anti-LGBTIQ-Gesetz Parlamentarische Anfrage & Entschließung (nicht-legislativ)</p>	<p>JA = 459 NEIN = 147 ENTHALTEN = 58</p>	J J J J J J J	J J J J J	N N N	J J J	J
<p>Position zum neuen EU-Umweltaktionsprogramm bis 2030 Legislative Entschließung (OGV, erste Lesung)</p>	<p>JA = 518 NEIN = 130 ENTHALTEN = 47</p>	J J J J J J J	J J J J J	N N N	J J J	J
<p>Türkei: Parlament verurteilt anhaltende Unterdrückung der Opposition Gem. Entschließung EVP, S&D, Grüne/EFA, Renew, The Left (nicht-legislativ)</p>	<p>JA = 603 NEIN = 2 ENTHALTEN = 67</p>	J J J J J J J	J J J J J	E E E	J J J	J

Die nächste Plenarsitzung findet von **13. bis 16. September 2021** statt.

Rückfragen:

younion _ Die Daseinsgewerkschaft
Internationales, EU und Daseinsvorsorge

Thomas Kattnig
Mitglied Bundespräsidium

thomas.kattnig@younion.at
www.younion.at
<https://www.facebook.com/younion.at/>
https://twitter.com/younion_at

Quellen:

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE);